

Erfolgsmodell Teilzeitarbeit

Familie Paare, die sich Kinderbetreuung und Hausarbeit gleichverantwortlich aufteilen, sind glücklich. Dennoch gibt es nur wenige Väter, die ihr Arbeitspensum reduzieren. Die Soziologin Margret Bürgisser fordert mehr Mut.

Kari Kälin

An Absichtserklärungen mangelt es nicht. Laut Umfragen möchten neun von zehn Männern ihr Arbeitspensum reduzieren, und fast die Hälfte der Väter würde gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. In der Praxis sind aber 87 Prozent der Papis vollzeitbeschäftigt. Nur bei 5,9 Prozent aller Paare mit Kindern arbeiten Mann und Frau Teilzeit. Diese Daten des Bundesamtes für Statistik widerspiegeln sich auf den Spielplätzen: Dort sind nur wenige Männer anzutreffen.

Wie kommt es zu dieser Kluft zwischen Wunsch und Realität? «Oft fehlt den Vätern der Mut, ihr Chef lehnt eine Reduktion des Arbeitspensums ab, oder die Frauen möchten die Kinderbetreuung nicht mit ihren Partnern teilen», sagt die Sozialforscherin Margret Bürgisser.

Stabile Partnerschaften

Bürgisser hat gute Nachrichten für alle jene, die sich Erwerbs- und Familienarbeit gleichmässig aufteilen möchten. Vor wenigen Tagen ist ihr neues Buch über partnerschaftliche Rollenteilung erschienen (siehe Hinweis). Dafür hat die Luzerner Soziologin in den letzten 20 Jahren dreimal 28 Paare interviewt, bei denen Mann und Frau Teilzeit arbeiten und sich gleichverantwortlich um Kinder und Haushalt kümmern. Ihr Fazit: «Das egalitäre Familienmodell ist ein Erfolgsmodell.» Die grosse Mehrheit der Paare, auch die Teilzeit-Männer, sind damit glücklich – und würden es wieder wählen. Bürgisser vermutet auch, dass Paare mit gleichmässiger Aufteilung von Erziehungs- und Hausarbeit mit ihrer Situation zufriedener sind als jene mit einer traditionellen Rollenverteilung. In der Tat trennte sich bloss ein Viertel der von Bürgisser befragten Paare. Zum Vergleich: Die Scheidungsquote in der Schweiz beträgt derzeit 41,5 Prozent.

Die Paare, die Bürgisser interviewte, stammen tendenziell aus einem städtischen Umfeld und verfügen über eine gute bis sehr gute Ausbildung. Manche Männer stellten die berufliche Karriere zu Gunsten der Familie bewusst an die zweite Stelle. Als sich die Paare Anfang der 1990er-Jahre für ein egalitäres



Männer, die sich mit ihrer Frau Hausarbeit und Erziehung der Kinder teilen, sind nach wie vor rar.

Bild: Gaetan Bally/Keystone

Modell entschieden, hatten sie teilweise Exotenstatus. «Heute werden viele bewundert», sagt Bürgisser, die vom partnerschaftlichen Modell überzeugt ist. Es erweise sich als Weg zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und begünstige eine hohe Lebensqualität für die ganze Familie.

Die Angst der Männer, belächelt zu werden

Weshalb ist die Gleichstellung bei Haus- und Erziehungsarbeit die Ausnahme und nicht die Regel? Bürgisser erwähnt die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Zudem bereite es Frauen mehr Mühe, im Berufsleben Karriere zu machen. Auch würden sich Vorgesetzte häufig sträuben, Männern in Kaderpositionen ein Teilzeitpensum zu gewähren.

«Oft scheuen sich die Männer auch davor, dies einzufordern aus Angst, von ihren Kollegen belächelt zu werden.» Eine aktuelle Untersuchung der Universität Freiburg stützt Bürgissers Aussage. Demnach sind Frauen mit Teilzeitpensum zufriedener als Männer in der gleichen Situation. Ein möglicher Grund: Wer als Mann nicht zu 100 Prozent erwerbstätig ist, weicht im Gegensatz zu den Frauen von der Norm ab. «Das erzeugt Unbehagen», so Bürgisser.

Trotz solcher Hürden stellt Bürgisser fest: «Der allgemeine Trend favorisiert egalitär organisierte Partnerschaften.» So sei zum Beispiel die Erwerbsquote der Mütter in den letzten 25 Jahren um fast 20 Prozent gestiegen. Um mehr Väter für Familienarbeit zu gewinnen, schlägt Bür-

gisser die Förderung von Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen vor – damit väterliche Präsenz bei Kindern nicht zum Karriereknick führt. Bürgisser sieht die Arbeitgeber in der Pflicht. «Jede Firma sollte Familienfreundlichkeit in ihrem Leitbild festschreiben und das Bedürfnis nach einem Ausgleich zwischen Beruf und Kinderbetreuung anerkennen. Und Vorgesetzte müssten auf familienfreundliches Verhalten verpflichtet werden.» Dies liege auch im Interesse der Unternehmen: So könnten sie sich als attraktive Arbeitgeber positionieren.

Eine Chance für mehr Gleichstellung erkennt Bürgisser auch in einem Vaterschaftsurlaub oder in einer Elternzeit wie in Deutschland oder skandinavischen Ländern. «Zudem müssten mehr und billigere familienergänzende Betreuungsangebote für Kinder geschaffen werden.»

Arbeitgeberverband will Fachkräfte gewinnen

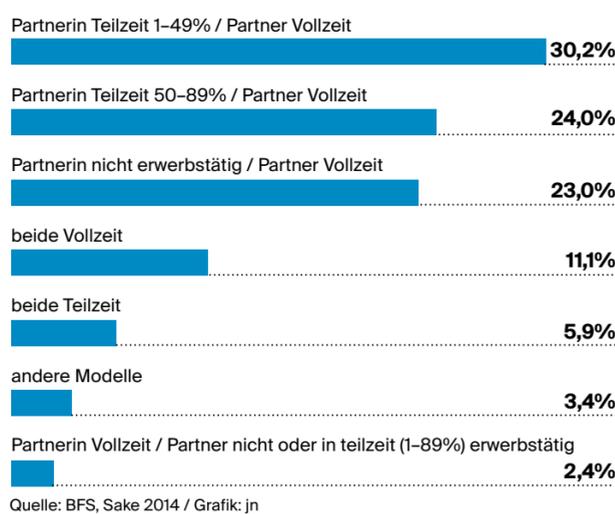
Der Schweizerische Arbeitgeberverband hat derweil Handlungsbedarf erkannt. «Die Arbeitgeber vertreten dezidiert den Standpunkt, dass auch zukünftig an noch besseren Lösungen für familienfreundliche Rahmenbedingungen in Betrieben gearbeitet werden muss», schreibt er in einem aktuellen Papier zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als Massnahmen propagiert der Verband unter anderem die Förderung von Teilzeitarbeit oder die Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Damit will der Arbeitgeberverband Fachkräfte für die Wirtschaft zurückgewinnen.

Zurück zum egalitären Familienmodell. Sie behaupten nicht, es sei die einzig richtige Lösung, sagt Margret Bürgisser. «Ich würde mir wünschen, dass Paare aus verschiedenen Modellen das für sie passende aussuchen könnten.» Die Paare, welche die Soziologin für ihre Forschung begleitet hat, sind zufrieden mit ihrer Wahl – und vererben das partnerschaftliche Modell auf die nächste Generation. Ihre Kinder wollen ihr Familienleben nämlich grossmehrerlich so gestalten wie ihre Eltern.

Buchhinweis

Margret Bürgisser: Partnerschaftliche Rollenteilung – ein Erfolgsmodell (Hep-Verlag, 2017).

Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern in der Schweiz



SVP-Nationalrätin will «85 Rappen für mehr Demokratie»

Abstimmungen Vorfrankierte Antwortcouverts erhöhen laut einer Studie die Stimmbeteiligung signifikant. Yvette Estermann will die Post nun per Motion verpflichten, die Kosten zu übernehmen. Oder noch besser: einen privaten Sponsor finden.

Die Post soll die Versandkosten für die briefliche Stimmabgabe bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen übernehmen: Das verlangt SVP-Nationalrätin Yvette Estermann in einer Motion mit dem Titel «85 Rappen für mehr Demokratie!».

Bereits vor ein paar Jahren hat sich die Luzernerin per Vorstoss erkundigt, ob die kostenlose briefliche Stimmabgabe, wie sie in neun Kantonen gänzlich und in weiteren sieben Kantonen in einigen Gemeinden gilt, landes-

weit eingeführt werden könne. Der Bund könne zwar sämtlichen Kantonen per Gesetz vorschreiben, die Stimmcouverts vorzustricken, müsse dann aber die Kosten übernehmen, antwortete der Bundesrat. Das sei nicht nötig, da zwischen der Portofreiheit und der Stimmbeteiligung kein Zusammenhang bestehe.

Eine neue Studie zweier Ökonomen der Universität Freiburg, die das Stimmverhalten im Kanton Bern während 25 Jahren untersucht haben, besagt nun das

Gegenteil: Vorfrankierte Antwortcouverts erhöhen die Stimmbeteiligung sehr wohl, und zwar um signifikante 2 Prozentpunkte.

Die entscheidenden 2 Prozentpunkte

«Wenn man bedenkt, wie knapp viele Abstimmungen heute ausgehen, können 2 Prozent durchaus entscheidend sein», schreibt dazu Estermann in ihrem Vorstoss. Im Zeitalter der E-Mails hätten viele Menschen keinen Vorrat an Briefmarken mehr zu

Hause. Der Bundesrat müsse aus diesem Grund handeln und die von ihm geschätzten Kosten von etwas über 1 Million Franken übernehmen, um die Stimmbeteiligung zu erhöhen. Zum Beispiel über eine pauschale Abgeltung an die Post als bundeseigenen Betrieb.

Schliesslich komme der Bund auch für die Frankierung der Couverts für Nationalrat und Ständerat auf, als Dienst an der parlamentarischen Arbeit. «Das wäre Dienst am Stimmbürger»,

zeigt sich die SVP-Nationalrätin überzeugt. Unterstützt wird ihr Vorstoss unter anderem vom grünen Luzerner Nationalrat Louis Schelbert, dem Leute sagten, sie «stimmten nicht ab, weil ihnen das Frankieren des Couverts stinkt». Er schlägt vor, dass die Post als «staatsbürgerliche Geste» die Kosten selber übernimmt.

«Die Post ist ein Unternehmen ohne Subventionen», sagt Postsprecherin Léa Wertheimer. Weil die Post gehalten sei, alle Kunden gleich zu behandeln,

müsste sie den Gratisversand bei allen Urnengängen bezahlen. Wertheimer: «Ein solches Sponsoring müsste man irgendwo kompensieren, was zu Lasten anderer Kunden gehen könnte.» Oder man findet einen anderen Sponsor, der sich so Goodwill beim Stimmbürger verschafft. Estermann hätte da eine Idee: «Die Grossbanken könnten nach ihren Eskapaden solche Imagepflege sehr wohl gebrauchen.»

Eva Novak